



## Sozialer Wohnungsbau statt Bundesgartenschau!

**Schwerin hat den Zuschlag für die Bundesgartenschau (Buga) 2025 erhalten. Stadtpolitiker von CDU bis zur Linken unterstützen das millionenschwere Prestige-projekt.**

Die Kosten für die geplante Buga sollen sich auf 80 Millionen € belaufen. Die verschuldete Stadt soll jährlich 1,5 Millionen € zurücklegen, mindestens aber 11 Millionen € Selbstbeteiligung leisten, das Land Mecklenburg-Vorpommern sieht eine Beteiligung wie bei der Buga 2009 skeptisch entgegen. Dabei muss Schwerin schon heute seinen Haushalt durch das Innenministerium genehmigen lassen.

Allein die Austragung der Buga ist noch kein Garant für Erfolg. So ging die letzte Bundesgartenschau 2015 in der Havelregion mit einem Verlust von 10 Millionen € zu Ende. Diesen Verlust mussten die an der Buga beteiligten Kommunen, und besonders die dort lebenden Steuerzahler, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt ausgleichen. Ein ähnliches Szenario könnte auch den Schwerinern und bevorstehen.

Während die Stadtvertretung über Einsparungen im Haushalt diskutiert, hat ein großer Teil der Einwohner ganz andere Probleme: Die durchschnittlichen Kaltmieten für eine 60 m<sup>2</sup> Wohnung sind in den letzten 10 Jahren um 15 % gestiegen, so beträgt die durchschnittliche Kaltmiete mittlerweile 5,51 €/m<sup>2</sup>. Die tatsächliche Spannbreite ist allerdings extrem. Liegt die niedrigste registrierte

Miete bei 3,10 € pro Quadratmeter, so sind es an der Möwenburgstraße immerhin schon 10,86 €.

Dies stellt besonders ein Problem für die über 17.000 arbeitslosen Schweriner da. Nach dem Verlust des Jobs droht sehr schnell der soziale Abstieg. Mieten, die über der Angemessenheitsgrenze des Jobcenters liegen, werden nicht übernommen, der Umzug aus der Innenstadt in die Plattenbauten der Randgebiete ist unausweichlich. Dadurch nehmen Gentrifizierung und Ghettoisierung auch in Schwerin zu.

Verstärkt wird all dies noch durch die Wohnungsbaupolitik der Landeshauptstadt. Vermehrt wird „qualitativ hochwertiger Wohnraum“ in Schwerin geschaffen. Überall in der Stadt entstehen zwar neue Wohnungen, vielfach handelt es sich dabei aber um Eigentumswohnungen oder Wohnungen mit einer Miete, die sich kaum ein Werkstätiger leisten kann.

Sozialer Wohnungsbau, besonders in der Innenstadt, hat Vorrang vor einem Millionengrab wie der Bundesgartenschau. Die Menschen wollen nicht, dass die Mieten immer mehr steigen, sie wollen nicht, dass kein bezahlbarer Wohnraum mehr angeboten wird. Sie wollen nicht immer härter arbeiten, um ihren Lebensstandard vielleicht gerade noch so halten zu können. Die DKP kämpft für einen sozialen Wohnungsbau, der den Namen verdient.

R.K.

# Keine Videoüberwachung auf dem Mariener!

**Momentan sind bundesweit vermehrt Stimmen zu hören, die einen enormen Ausbau der Videoüberwachung des öffentlichen Raumes fordern. Dies soll uns angeblich vor Diebstählen, Gewaltdelikten und sogar vor Terroranschlägen schützen. Auch vor Schwerin macht diese Entwicklung nicht halt.**

Nachdem es nahezu wöchentlich zu teilweise gewaltsamen Angriffen auf junge Flüchtlinge durch stadtbekanntes Nazis auf dem Marienplatz kam, schreit die gesamte Schweriner Kommunalpolitik nach Lösungen. Die einfachste und scheinbar effektivste Lösung scheint dabei die Videoüberwachung des Marienplatzes zu sein. Doch bringt diese ganze Überwachung das, was sich einige davon versprechen?

Wohl eher nicht. Videoüberwachung schützt grundsätzlich nicht vor Straftaten. Die Probleme werden lediglich verlagert. Delikte passieren dann in der Mecklenburgstraße oder anderswo. Damit ist niemandem geholfen. Was mit den sensiblen Daten geschieht, kann niemand so richtig nachvollziehen. Im Endeffekt wird trügerische Sicherheit durch die persönliche Freiheit bezahlt.

Der ganze Sicherheitswahn ist nicht nur ideal geeignet, um von verbrecherischen Kriegseinsätzen und Sozialabbau abzulenken, es werden gleichzeitig die in den Medien von RTL bis BILD allgegenwärtigen Feindbilder wie das des "terroristischen Moslems" oder "kriminellen Ausländers" in der Bevölkerung vertieft. Nicht zuletzt bietet genau das den Nährboden für rassistische und rechtsnationalis-

tische Politik in Schwerin und dem Rest des Landes.

Aus dem unbeholfenen Versuch heraus, beispielsweise die gescheiterte „Integrationspolitik“ zu vertuschen, wird ein Kampf der Kulturen inszeniert, bei der alles Fremde als schlecht und gefährlich dargestellt wird. Dabei wird sogar Kleidung von Musliminnen zum großen Aufreger, während Terrorismus von faschistischer Seite es oft nicht einmal in die Medien schafft.

Ohne Zweifel verdienen an der geplanten Aufstockung der Videoüberwachung die Anbieter, die mit einem enormen Wachstum der Branche rechnen. Die Branche geht mit einer Zunahme der Aufträge um 10 bis 20 % aus. Im vergangenen Jahr wurde mit Videoüberwachungstechnik ein Umsatz von rund 504 Millionen Euro erzielt.

Die DKP ist gegen die Polarisierung der Gesellschaft entlang nationaler, ethnischer oder „kultureller“ Linien und tritt für ein solidarisches Miteinander aller Leidtragenden der Diktatur der Monopole ein. Krieg ist Fluchtursache Nummer eins, die Flüchtlinge sind nicht die Ursache des Problems. Sie sind das Produkt der imperialistischen Außenpolitik Deutschlands sowie seiner militärischen Verbündeten. Die Ausweitung des repressiven Überwachungsstaates durch flächendeckende Videoüberwachung oder Militarisierung der Gesellschaft verhindern weder Terror noch Gewalt. Auf einen Ausbau der Videoüberwachung zum Beispiel auf dem Marienplatz können wir gut verzichten!

A.S.

# KRIEGSPROPAGANDA

**Mit dem Smartphone zur Truppe: Über die YouTube-Serie „Die Rekruten“**

**Fünf Jahre ist es her, dass die Wehrpflicht ausgesetzt und die Bundeswehr zu einer Berufsarmee wurde. Seitdem hat sie Probleme, mit denen auch zivile Arbeitgeber der Politik in den Ohren liegen: Sie finden kein qualifiziertes Personal. Oder noch schlimmer: Es fehlt überhaupt an jungen Leuten, die zum Bund wollen.**

Aber Kriegsministerin von der Leyen hat die Zeichen der Zeit erkannt und eine Charme-Offensive in Sachen Arbeitnehmerfreundlichkeit gestartet. Die Propaganda gibt es oben drauf: zwölf junge „Rekruten“ berichten in einer Webserie über die dreimonatige Grundausbildung. Ziel ist es, uns, die YouTube-Generation als Kanonenfu... äh Bürger in Uniform für die Kriege von morgen zu rekrutieren. Rund acht Millionen Euro lässt die Bundeswehr uns das kosten.

## **Gut gemacht**

Die Anleihen beim bekannten Trash-TV sind unübersehbar. Das aufgenommene Material wird per Postproduction so aufbereitet, dass vom Lacher, über die Entwicklung der einzelnen Personen, bis hin zu emotionalen Momenten genug Schmackes hinter die kurzen, schnell geschnittenen Szenen gepackt ist.

Horror-Musik und Schwarzweiß-Filter umrahmen ein bei der Stubeninspektion gefundenes Schamhaar, Zeitlupe und emotionale Klaviermusik verleihen dem Fortgang von Matrose Palme gebührende Tiefe. Leider entsteht dabei nicht selten der Eindruck, dass sich die Produzenten in den ersten Folgen auf Kosten der Jugendlichen lustig machen oder ihre Fehler bei

den strengen Verhaltensregeln breitreten.

## **Erfolgreiche Online-Soap**

Das Youtube- und Vlog-Feeling entsteht durch die Legria-Kamera mit ihrem Bullaugeneffekt. Oftmals sehr nah am Gesicht abgefilmte Szenen fokussieren persönliche Gedanken und Gefühle. Dadurch wird nicht nur eine Bindung der Zuschauer zu den Rekruten aufgebaut. Auch entsteht bei ernstern Themen wie der 22-Push-Up-Challenge für die Opfer von PTBS (Posttraumatische Belastungsstörung) oder dem Erstkontakt mit der Waffe der Eindruck, dass die Bedenken, Überlegungen und Wünsche nur individuell geäußert werden. Bis jetzt hat man die Jungs und Mädels selten wirklich miteinander darüber reden gesehen, welchen Sinn ihr Dienst hat oder wofür sie eigentlich kämpfen.

Die Serie ist mit einer viertel Millionen Abos und fast 17 Millionen Clicks ein voller Erfolg. Viele Kommentare deuten darauf hin, dass vor allem sehr junge Menschen sich von der Serie angesprochen fühlen und jetzt Bock haben, zur Bundeswehr zu gehen. Das, in Kombination mit der Ansage von von der Leyen auch Menschen ohne Hauptschulabschluss zuzulassen, zeigt, dass jetzt ganz offiziell Jagd auf Minderjährige gemacht wird, vor allem wenn sie keine Perspektive haben.

SDAJ



# Faschistischer Terror im Großen Moor

„Am 27. Februar 1933 inszenierten die Hitlerfaschisten den Reichstagsbrand, um eine Pogromstimmung gegen die KPD und die gesamte Arbeiterbewegung zu entfachen. Die sofort einsetzende faschistische Propaganda behauptete, der Reichstagsbrand sei das Signal für einen kommunistischen Aufstand. Ohne das ein Verbot der KPD ausgesprochen wurde, war jede Tätigkeit für die Partei, ja die Mitgliedschaft in dieser Partei mit der Gefahr für Freiheit und Leben verbunden. Noch in der Brandnacht wurden tausende Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Hitlergegner verhaftet. [...]

Die Faschisten hatten alles gründlich vorbereitet: den Reichstagsbrand und die Massenverhaftungen sowie die am 28. Februar 1933 verkündete „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“. Mit dieser Notverordnung wurde

faktisch die Verfassung der Weimarer Republik, auf die Hitler noch am 30. Januar 1933 geschworen hatte, außer Kraft gesetzt. [...]

In Schwerin wurde der Große Moor – in dieser Straße wohnten viele Antifaschisten – von SA und Polizei abgesperrt, alle Häuser wurden durchsucht und Verhaftungen vorgenommen. Anschließend räumten SA-Schläger mit Gewalt den Aufenthaltsraum für Erwerbslose am Schlachtermarkt.“



Quelle: „Der antifaschistische Widerstand unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945“ Seite 68 f., Dietz Verlag Berlin, 1985

## Kontakt

Schwerin  
E-Mail: [schwerin@dkp-mv.de](mailto:schwerin@dkp-mv.de)

Landesverband  
E-Mail: [info@dkp-mv.de](mailto:info@dkp-mv.de)  
Tel.: 01738190272 (ab 20 Uhr)

SDAJ  
FB: [fb.com/sdajschwerin](https://www.facebook.com/sdajschwerin)

[www.dkp-mv.de](http://www.dkp-mv.de)  
[www.news.dkp.de](http://www.news.dkp.de)

## Termine

Mitgliederversammlung: jeden ersten Mittwoch im Monat, 19 Uhr, Lübecker Str. 180 SN

Bildungsabende: jeden dritten Mittwoch im Monat, 19 Uhr, Lübecker Str. 180 SN

08. März: Frauentag

10. - 12. März: Landesbildungswochenende in Barhöft bei HST